

Antrag an den NRW-Landesrat am 3. Juli 2021

*Antragsteller*innen: Edith Bartelmus-Scholich (KV Krefeld), Marisa Beansch (KV Essen), Rena Beese (KV Dortmund), Iris Bernert-Leushake (KV Dortmund), Theresa Brücker (KV Essen), Kea Detmers (KV Düsseldorf), Lea Guse (KV Essen), Chris Hennes (KV Rhein-Sieg), Inge Höger (KV Herford), Eleonore Lubitz (KV Ennepe-Ruhr), Alexandra Mehdi (KV Solingen), Andrea Mobini (KV Mülheim), Sefika Minte (KV Oberhausen), Sonja Neuhaus (KV Essen), Kira Sawilla (KV Münster), Maike Taebig (KV Bielefeld), Jürgen Aust (KV Duisburg), Helmut Born (KV Düsseldorf), Sergen Canoglu (KV Köln), Otto Ersching (OV Lüdenscheid), Jens Feldmann (KV Münster), Marcus Flemming (KV Düsseldorf), Udo Hase (KV Krefeld), Patrick Gawliczek (KV Herne), Thies Gleiss (KV Köln), Dominik Goertz (KV Bielefeld), Yusuf Karacelik (KV Oberhausen), Daniel Kerekes (KV Essen), Christopher Kolisch (KV Münster), Frank Laubenburg (KV Düsseldorf), Jan Lieberum (KV Herford), Sebastian Merkens (Kreisverband Mönchengladbach), Niema Movassat (KV Oberhausen), Bastian Reichardt (KV Rhein-Sieg), Olaf Scholz (KV Euskirchen), Jan Siebert (KV Dortmund), Fabian Stoffel (KV Herford), Henning von Stoltzenberg (KV Oberhausen), Sönke Voigt, Sascha H. Wagner (KV Wesel,) Roland Wiegel (KV Siegen), Wolfgang Zimmermann (KV Düsseldorf), Emanuel Zurbrügen (KV Gütersloh), Vorstand DIE LINKE KV Euskirchen*

Vielfalt verbinden: Wir kämpfen mit der ganzen Klasse!

Die herrschenden Klassenverhältnisse offenbaren sich am deutlichsten in Krisenzeiten. Denn in diesen Zeiten zeigt sich, dass die Klasse der Milliardär*innen und Multimillionär*innen die Krisenkosten stets auf die Mehrheit abwälzt.

Die gegenwärtige Pandemie und Coronakrise bildet mit ihrem Klassencharakter keine Ausnahme: Große, häufig fossile Konzerne, werden mit Milliardenbeträgen staatlich dauersubventioniert. Auf der anderen Seite aber werden Hartz-IV- und Grundsicherungsempfänger*innen, Niedriglohnbeziehende sowie Alleinerziehende mit völlig unzureichenden Einmalzahlungen abgespeist, Rentner*innen mit einer Nullrunde bedacht und Millionen Menschen in Kurzarbeit geschickt bei deutlich verringerten Bezügen. Die Multimillionär*innen und Milliardär*innen der Handels-, Auto-, Rüstungs- und Tech-Industrie heimsen in der Pandemie immense Profite ein, während Teile der Lohnabhängigen, Solo-Selbständigen, Kulturschaffenden und Kleingewerbetreibenden um ihre Existenz kämpfen müssen. Im Gegensatz dazu sind in einigen Wirtschaftsbereichen die Profite in der Krise sogar noch gewachsen: Amazon, der Wohnungsriese Vonovia oder Aldi sowie Lidl aber auch die Autoindustrie steigerten ihre Gewinne massiv.

Auch aus der Pandemie selbst schlägt man Profit: Obwohl Pharmakonzerne bereits hohe staatliche Forschungsgelder erhielten, verkaufen sie die Impfstoffe nun mit großem Gewinn, vorzugsweise vor allem in den Ländern, die ihnen zusätzlich die höchsten Gewinnspannen garantieren. Vor allem die armen Menschen im globalen Süden leiden unter der Marktradikalität. Sie können sich keine Impfung leisten. Deswegen müssen die Impfpatente aufgehoben werden, um so schnellstmöglich die Versorgung aller Menschen mit Impfungen zu gewährleisten. Jeder verstrichene Tag bedeutet weltweit mehr Coronatote. Gleichzeitig nutzen politische Cliquen ihre privilegierte Stellung, um sich z.B. mit schäbigen Maskendeals

zu bereichern. Währenddessen werden auch in NRW Krankenhäuser geschlossen, Betten abgebaut und die Arbeitssituation des Krankenhauspersonals nicht verbessert.

Und während die Pandemie in den wohlhabenden Bezirken schneller zurückgedrängt wird, sind die Inzidenzen in den dichter besiedelten und finanziell schwächeren Stadtteilen höher. Die Pandemie trifft uns nicht alle gleich, sie und die unzureichenden Schutzmaßnahmen offenbaren vielmehr den Klassencharakter unserer Gesellschaft: Denn viele Menschen konnten sich nicht in das Home-Office zurückziehen, sondern arbeiten auch während der Pandemie in Büros, an Werkbänken und in Unternehmen mit Dutzenden Menschen in einem Raum und wohnen in deutlich kleineren Wohnungen.

Für eine Klasse der Vielen und der Vielfalt!

Der Klasse der Herrschenden, den Krisengewinner*innen und Milliardär*innen steht die Klasse der Vielen entgegen: die Arbeiter*innenklasse, das Proletariat, das Prekariat, die 99 Prozent. Wir sind **eine Klasse** von Lohnabhängigen, bestehend aus Menschen, in unterschiedlichen Lebenslagen, die wirtschaftlich und sozial mehr oder weniger gut auf verschiedene Ressourcen zugreifen können oder auch nahezu gar nicht, die aber dennoch grundlegende gemeinsame Interessen haben. Wir wollen sinnstiftend arbeiten und unser Leben in einer intakten natürlichen Umwelt, in sozialer Sicherheit und Freiheit verbringen. Große Teile unserer Klasse unterliegen mehrfacher Unterdrückung und verschärfter Ausbeutung, weil sie z.B. Frauen, Migrant*innen, People of Colour, queere Menschen oder Angehörige anderer Minderheiten sind.

Nicht nur in der Wahlkampfzeit muss DIE LINKE auch den unterschiedlichen Tendenzen der Entsolidarisierung entgegenwirken - sei es in der Migrationspolitik, in feministischen oder queeren Kämpfen oder in der sozialistisch-ökologischen Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Unsere Partei soll sich als Schnittstelle unterschiedlicher gesellschaftlicher Kämpfe verstehen und sie unter dem Dach einer **verbindenden Klassenpolitik** zusammenbringen.

Konkrete Kämpfe verbinden!

Wir sind Antikapitalist*innen, weil der Kapitalismus systematisch die "Springquellen des Reichtums" untergräbt: Die Natur und die Arbeitenden. Die Ausbeutung von Mensch und Natur und die Unterdrückung durch rassistische und sexistische Spaltung sind im Kapitalismus zwei Seiten derselben Medaille. Für uns sind die Kämpfe dagegen untrennbar verbunden. Der Weg voran ist für uns die Selbstaktivität der von Ausbeutung und Unterdrückung Betroffenen oder wie es Marx schrieb: "Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein." Im Prozess der Selbstemanzipation "Hilfe zur Selbsthilfe" zu leisten ist Kernaufgabe der LINKEN.

Wir rufen deshalb unsere Mitstreiter*innen - innerhalb und außerhalb der Partei - dazu auf, sich (auch weiterhin) mit den alten und neuen sozialen Bewegungen zu solidarisieren und in und mit ihnen aktiv zu sein:

- Kämpft mit den **abhängig Beschäftigten in und mit den Gewerkschaften** für bessere Bezahlung, mehr Arbeitsschutz und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich wie z.B. in der Tarifrunde des **Handels oder den anstehenden Auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst des Landes.**

- Unterstützt die Menschen, die täglich mit einem Hartz IV-System konfrontiert sind: gerade auch jetzt im Lockdown light ist es wichtig weiterhin mit den Sozialberatungen vor Ort für die Leistungsempfänger*innen da zu sein. Solidarität muss praktisch werden.
- Unterstützt **Fridays for Future, Ende Gelände und andere Umweltinitiativen** und bringt die Kapitalismuskritik in der Bewegung voran!
- Solidarisiert euch mit **Queer-Initiativen** und streitet für vollständige Gleichberechtigung aller Menschen und das Recht, dass jeder Mensch frei über seinen Körper bestimmt.
- Engagiert euch in antifaschistischen Gruppen und antirassistischen Bewegungen (wie Black Lives Matter) und kämpft mit für eine politische Kultur, in der Antisemit*innen, Rassist*innen, Rechtspopulist*innen und Nazis konsequent enttarnt und bekämpft werden.
- Bringt die **Klimakämpfe in eure gewerkschaftliche Arbeit** ein und streitet für eine ökologische Transformation, die niemanden zurücklässt!
- Engagiert Euch für die **Volksinitiative "Gesunde Krankenhäuser in NRW - für ALLE!"** und kämpft für ein gemeinwohlorientiertes Gesundheitswesen!
- Vernetzt Euch in **lokalen Mieter*inneninitiativen** und sucht dort Verbündete für einen bundesweiten Mietendeckel!
- Wehrt die Angriffe des Staates auf die Versammlungsfreiheit ab, indem Ihr beim **Bündnis gegen das neue Versammlungsgesetz** dabei seid!
- Schließt Euch dem Bündnis **Seebrücke** an und macht Eure Kommune zu einem sicheren Hafen für geflüchtete Menschen!
- Arbeitet mit in den örtlichen **Friedensinitiativen** und treibt die Kommunalpolitiker*innen dazu an, dass Eure Stadt zu einer Stadt des Friedens und Teil des "Cities/Mayors for Peace" Netzwerks wird, die auch den ICAN-Städteappell zum Atomwaffenverbotsvertrag unterschreibt.
- Kämpft mit allen sozialen Bewegungen wie z.B. dem Bündnis "**Wer hat, der gibt**" dafür, dass die Kosten der Krise nicht auf die abhängig Beschäftigten abgeladen werden: Wir zahlen nicht für Eure Krise!

Um den gesellschaftlichen Herausforderungen gewachsen zu sein, muss DIE LINKE sich als Bündnispartnerin *aller* sozialen und progressiven Bewegungen verstehen. Die Stärke unserer Partei sollte darin bestehen, diverse Interessen zu *einer* starken Stimme, zu *einem* gemeinsamen Kampf zusammenführen zu können. Es liegt an uns, ob ein gemeinsamer Kampf erfolgreich werden kann. Dabei ist uns bewusst: Ohne eine widerständige LINKE gibt es keine parlamentarische Opposition zu den herrschenden Verhältnissen. Nur wenn wir es schaffen, hinter unserem Programm reale gesellschaftliche Kräfte zu bündeln, werden wir unseren Forderungen Schlagkraft verleihen können.

Der Landesverband organisiert deshalb in den kommenden Monaten eine Debatte, wie wir als DIE LINKE NRW zu einem strategischen Thema für die Landtagswahlen kommen, welches verschiedene Themen wie Klimaschutz, Verkehrswende, Soziales und mehr verbindet und hinter welchem wir reale gesellschaftliche Kräfteverhältnisse sammeln könnten. Beispiele für ein solches strategisches Thema sind z.B. der Mietendeckel aus Berlin (der aus juristischen Gründen auf NRW-Ebene entfällt), Vonovia Enteignen, die Gründung einer Landeseigenen Wohnungsgesellschaft oder der Einstieg in den fahrscheinlosen Nahverkehr. Alternativ soll darüber debattiert werden, ob nicht zeitgleich stattfindende Bürgerentscheide in den Städten von NRW stattfinden könnten, welche auf ein Thema fokussieren. Der Prozess soll spätestens zur Listenaufstellung der Kandidat*innen beendet sein.

Nur wenn wir uns vor Ort mit Aktiven aus Bündnissen und Initiativen vernetzen und uns auf ein strategisches Thema fokussieren, das wir lokal oder regional gewinnen können, haben wir eine reale Chance eine Trendwende einzuleiten.

Begründung:

Erfolgt mündlich auf dem Landesrat.